Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 106. Sonnabend, 8. Mai 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig [illegible] durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. (Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige: zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Taxife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Propaganda und Generalstreik.

Von dem englischen Generalstreik erfahren wir nur das, was der Nachrichtenapparat der englischen Regierung uns übermittelt. Und er läßt uns wissen, daß der Generalstreik abbröckelt, daß es einer guten Vorbereitung der Behörden und den Sicherungsmaßnahmen der Regierung gelungen ist, den Verkehr und die lebensnotwendigsten Arbeiten aufrecht zu erhalten. Täglich vernimmt man, daß neue Eisenbahnlinien ihren Betrieb wieder aufgenommen haben, daß stündlich in den Straßen Londons neue Autobusse und Untergrundbahnverbindungen für den Verkehr eingesetzt werden, daß ein gut organisierter Dienst von Privatautomobilen dafür sorgt, daß Angestellte und Arbeitswillige zu ihrer Tätigkeit gelangen, daß die Ruhe des Volkes bewunderungswürdig ist, daß das Militär kaum in Aktion zu treten braucht und schließlich, daß die Streikenden selbst am liebsten schon heute zur Arbeit zurückkehren würden, wenn sie auch jetzt nicht im Augenblick vor einer restlosen Kapitulation zurückschreckten. So sieht der Generalstreik aus nach der Ausmalung und der Nachrichtenübermittlung des englischen Regierungsapparates. Zum Leidwesen Baldwins vielleicht gibt es aber in London auch einige ausländische Journalisten, die schließlich eigene Augen haben und sehen können, was zu sehen ist, und die nicht darauf angewiesen sind, nur aus den Quellen zu schöpfen, die die Regierung als einzig aufschlußreich bezeichnet. Aus diesen Informationen der ausländischen Journalisten klingt ein ganz anderes Lied, als das, was der offizielle Draht zu singen weiß. Diese Informationen künden von den verlassenen Gruben, von den Kohlenhalden, die nicht abgetragen werden können, von den leerstehenden, verödeten Fabrikgebäuden, von der toten produktiven Arbeit. Sie wissen auch zu vermelden daß es mit dem Verkehr der Eisenbahnen und den Verbindungsmöglichkeiten der Millionenstadt Londons gar nicht so gut aussieht, wie das von anderer Seite vielfach hingestellt wird. Wohl verkehren einige Untergrundbahnzüge, wohl sieht man auch einige Autobusse in der Stadt, auch allerhand vorsintflutliche Vehikel, die den Verkehr zu meistern suchen, aber sie gleichen alle dem ominösen Tropfen auf den heißen Stein. Sie fahren und rollen zwar, sie können auch einige der Fußgänger aufnehmen und weiterbefördern. Aber die Masse weiß mit ihnen nichts anzufangen. Nur die Regierung. Denn sie geben ihr eine gewisse Berechtigung offiziös von der Aufrechterhaltung des Verkehrs und der Notstandsarbeiten zu künden. Man vergesse nicht, nahezu 3 Millionen Arbeiter streiken! Die produktive Arbeit, Leistung und Werterzeugung von 6 Millionen Händen geht dem englischen Volke täglich verloren. Gewiß, der Generalstreik greift in die Lebensbedingungen eines jeden Einzelnen ein. Aber dieses Eingreifen bringt zur Zeit wenigstens nur Unannehmlichkeiten mit sich. Die Krise dieses Streikes wird erst dann einsetzen, wenn er zu Ende gegangen ist. Das heißt, wenn sich die Folgen dieses Ausfalles der Arbeit bemerkbar machen. Man würde dem englischen Volke wünschen, daß der Generalstreik möglichst bald ein Ende nehme. Auf daß diese Krise nicht allzu katastrophal wird. Die unnachgiebige Haltung der Regierung deutet jedoch darauf hin, daß der Generalstreik erst dann zu Ende kommt, wenn die Streikenden nicht mehr anders können als zu kapitulieren. Bis zu diesem kritischen Punkte kann es jedoch noch eine gute Weile haben.

Die Dauer der Studienkonferenz.

gu. Berlin. Die Beratungen des Reichskabinettes über die Feststellung der Richtlinien für die deutschen Vertreter auf der Genfer Konferenz der Studienkommission sind am Donnerstag nachmittag abgeschlossen worden. In Regierungskreisen rechnet man, wie wir hören, mit einer Tagungsdauer von etwa zwei Wochen. Genaue Pläne der Völkerbundstaaten über Abänderungsvorschläge der Ratszusammensetzung sind dem Kabinett nicht bekannt. Besonders scheint keine völlige Klarheit über die Haltung des englischen und französischen Vertreters zu bestehen. Es heißt, daß das Kabinett den deutschen Vertreter, Herrn von Hoesch, angewiesen hat, während der Tagung in eine offizielle Besprechung über den deutsch-russischen Garantievertrag nicht einzuwilligen, da es eine Verquickung der deutschen Vertragspolitik mit reinen Fragen der Völkerbundsorganisation für eine günstige Lösung der schwebenden Völkerbundsfragen, in erster Linie für die deutsche Aufnahme in den Völkerbund, für sehr abträglich hält.

Die Hauptversammlung des Völkerbundes, die über die Berichte der Studienkommission abstimmen wird, findet nach den Mitteilungen des Völkerbundssekretariates am 6. September in Genf statt. Es wird aber schon aus den Beschlüssen der Studienkommission ersichtlich sein, ob der deutsche Eintritt im Herbst sichergestellt ist oder nicht.

Beisetzung Dr. Pfeiffers in Speyer.

* Speyer. Am Freitag nachmittag wurde hier unter großer Beteiligung der Bevölkerung und von Vertretern der Behörden und Parlamente der verstorbene deutsche Gesandte in Wien, Dr. Maximilian Pfeiffer, beigesetzt.

Die innerpolitische Lage.

)(Berlin. Im Reichstage wurden gestern **interfraktionelle Besprechungen** zwischen den Regierungsparteien geführt, an denen auch der Reichsminister des Innern Dr. Külz teilnahm. Wenn auch die Besprechungen, die die verschiedenen Möglichkeiten eines Ausgleichs der Gegensätze unter den Regierungsparteien zum Gegenstande hatten, zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben, so wurde in ihnen, wie verlautet, doch betont, daß **an der gegenwärtigen Regierungskoalition festgehalten werden müsse.** Keine Regierungsfraktion könne die Verantwortung dafür übernehmen, wegen des Flaggenerlasses eine Krisis von unübersehbaren Folgen heraufzubeschwören. Auch die „Germania" sieht die Lage nicht mehr so kritisch an. Das Blatt schreibt: Eine Erklärung der Regierung, die der Stimmung in sämtlichen Regierungsparteien entgegenkommt, könnte nach der Auffassung parlamentarischer Kreise vielleicht die Grundlage zu Verhandlungen bieten, die einen Ausweg aus der Krise zeigen. In der demokratischen Fraktion, die im Anschluß an die interfraktionellen Besprechungen ebenfalls unter Teilnahme des Reichsministers des Innern zusammentrat, soll man jedoch den Versöhnungsaktionen sehr skeptisch gegenüberstehen. Dr. Külz, der gestern nach Düsseldorf abgereist ist, trifft dort mit dem Reichskanzler Dr. Luther zusammen und wird diesen über den Fortgang der Parteibesprechungen in Berlin unterrichten.

Paraphierung der Pariser Abkommen über die deutsche Luftfahrt.

)(Paris. **Die Verhandlungen, die seit mehreren Monaten zwischen den Delegierten der deutschen Regierung und den Delegierten der Botschafterkonferenz über die deutsche Luftfahrt stattfanden, haben gestern zu einer Einigung geführt.**

Die Vereinbarung ist in der Form von Noten getroffen worden, die zwischen dem deutschen Botschafter und der Botschafterkonferenz in Paris gewechselt werden. Die Delegierten haben gestern abend den Text der einzelnen Urkunden paraphiert. Diese werden gezeichnet werden, sobald sie die Billigung der beteiligten Regierungen erhalten haben.

Die deutsche Luftfahrtdelegation auf der Rückreise.

* Paris. Die deutsche Luftfahrtdelegation ist am Freitag abend von Paris nach Berlin zurückgereist. Am Bahnhof hatte sich eine Vertretung der Botschafterkonferenz eingefunden.

Praktische Bodenreformversuche.

WB. Am Mittwoch nachmittag hat der Reichstag einen Antrag Brodauf angenommen, in welchem die Reichsregierung aufgefordert wird, ein Rahmengesetz über Grundstücksenteignung und Festsetzung niedriger Bodenpreise vorzulegen. Seit Jahrzehnten bemüht sich ein Verein, den der bekannte ehemalige Lehrer Adolf Damaschke ins Leben gerufen hat, und der den Namen „Bund deutscher Bodenreformer" trägt, die Schäden hemmungsloser Bodenspekulation zu bekämpfen und wenn möglich, die Bodenrente zugunsten der Gesamtheit zu enteignen. Wissenschaftlich ist die Grundrente derjenige Ertragsteil bei der Produktion, der auf die bevorzugte Lage der Produktionsstätte oder auf die in dem betreffenden Grundstück ruhenden Bodenschätze entfällt. Die Grundrente wurde ein brennendes Problem, als die Bevölkerungsdichte in den modernen Wirtschaftsländern stark zunahm, und vor allem als die Großstädte entstanden und sich mit früher ungeahnter Schnelligkeit ausdehnten. So wurden z. B. die Kleinbauern rund um Berlin innerhalb weniger Jahrzehnte zu steinreichen Männern, die allerdings nur zum kleinsten Teil fähig gewesen sind, ihre Vermögen über die Gründerjahre (nach dem Kriege 1870/71) und gar über die Inflationsjahre (1920 bis 1923) hinüberzuretten. Der wilden Bodenspekulation, die in den siebziger Jahren begann und bis kurz vor dem Weltkriege fortdauerte, ist es zum großen Teil zuzuschreiben, daß ganze Viertel der meisten deutschen Großstädte äußerst „sparsam", — d. h. in Wirklichkeit schlecht und geradezu gesundheitswidrig — gebaut wurden. Der Bodenreformbewegung ist das Verdienst nicht abzusprechen, daß sie die öffentliche Meinung, die Parlamente, die Regierungen und Behörden auf die Gefahren der Bodenspekulation hingewiesen hat.

Das Reichsgesetz, dessen Vorlage der Reichstag am Mittwoch forderte, soll grundsätzlich folgendes ermöglichen: daß die großen Stadtgemeinden eine Bodenvorratswirtschaft treiben, und daß ihnen ausreichende Mittel gegen die Preistreibereien auf dem Grundstücksmarkt in die Hand gegeben werden. Zu diesem Zwecke soll den Gemeinden für Grundstücke, die von ihrem Eigentümer zum Verkauf angeboten werden, ein Vorkaufsrecht zustehen. Daneben sollen die Gemeinden aber auch unter gewissen Umständen das Recht der Enteignung haben. Als Kaufpreis soll der Wert vergütet werden, den der Grundeigentümer bei der letzten Vermögenssteuer (auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes) selbst angegeben hat. — Gegen diese Grundsätze ließe sich vom Standpunkte der Wohnungsfürsorge und der Gesundheitspflege nicht viel einwenden. Da jedoch augenblicklich in keiner Weise Mangel an billigem Baugrund herrscht und da die Gemeinden ihren Bedarf an Grundstücken ohne Mühe auf dem freien Markte decken können, ist der von der Reichstagsmehrheit geforderte Gesetzentwurf zurzeit überflüssig. Er stellt unter allen Umständen einen neuen Eingriff in private Rechte, also ein Stück staatlicher Gewalttätigkeit und Zwangswirtschaft dar, die sich nur beim Vorliegen einer dringenden Notlage rechtfertigen ließen. So waren denn auch innerhalb der bürgerlichen Parteien die Meinungen geteilt, ob der Antrag Brodauf angenommen, oder ob durch Ablehnung die Möglichkeit staatlicher Eingriffe in Privatrechte und Privateigentum von vornherein ausgeschaltet werden sollte. Die unzureichende Beistellung neuer Wohnungen besonders in den großen Städten ist nicht auf das Fehlen oder die Unerschwinglichkeit geeigneten Baugrundes, sondern auf die Knappheit und die hohen Zinsen des heranzuziehenden Baukapitals zurückzuführen. Dr. Croll.

Wieder Krieg in Marokko.

Die **Friedensverhandlungen in Udschda sind abgebrochen, der Waffenstillstand ist beendet und die militärischen Operationen haben wieder eingesetzt.** Die französischen Militärs sehen die Lage als sehr optimistisch an. Wenigstens erklärt General Simon, der Leiter der französischen Delegation, daß er das „marokkanische Obst" zum Pflücken bereithalte. Ob sich der optimistische General mit dem vielleicht doch etwas unreifen Obst nicht den Magen verderben wird? Jedenfalls zeigt die Unnachgiebigkeit Ab el Krims, daß er noch lange nicht am Ende seiner Kraft ist. Den Franzosen und Spaniern bleibt nur eine verhältnismäßig kurze Zeit mit größeren Operationen einzusetzen. Schon Anfang Juni macht sich die in diesen Gebieten einsetzende Hitzewelle so stark bemerkbar, daß es den europäischen Truppen unmöglich wird, die mit dem Feldzug verbundenen Strapazen auszuhalten. Man darf auch gespannt sein, wie sich die Kammer der neuen Sachlage gegenüber zu verhalten gedenkt. Die nächste Folge des Beginnes neuer Militäroperationen wird eine Nachfrage der Regierung um Bewilligung neuer Mittel für die Transporte und für die Sicherstellung des Nachschubes sein. Aber der Frank sinkt immer tiefer. Die Rettungsaktionen der Behörden, den Kurs zu stützen oder zu verbessern, sind sämtlich fehlgeschlagen. Ob eine neue Belastung des Budgets sich nicht schwerwiegend auf den weiteren Kursstand bemerkbar machen wird? Diesen Erwägungen wird sich die französische Kammer nicht entziehen können. Man darf daher den nächsten Sitzungen des französischen Parlaments mit erhöhtem Interesse entgegensehen.

Tagung des Hansabundes in Stuttgart.

vdz. Der **Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie** hat sich in Stuttgart versammelt, um zu den wichtigsten schwebenden Wirtschaftsfragen Stellung zu nehmen. Zahlreiche Delegierte aus dem ganzen Reich, besonders aus Süddeutschland, haben sich eingefunden. Staatspräsident Bazille begrüßte das Präsidium namens der württembergischen Staatsregierung und wünschte der Tagung des Hansabundes vollen Erfolg.

Reichsminister a. D. Dr. Dernburg (Berlin) legte dann die **„Forderungen der deutschen Wirtschaft und Weltwirtschaftskonferenz"** dar. Der Krieg, die Friedensverträge und die Nachwirkung beider, so betont der Redner, haben Europa in einem wirtschaftlich zerrütteten Zustande gelassen. Mehr als zehn Millionen Tote, fünfundzwanzig Millionen Schwerverwundete und Verstümmelte, die Nachwirkungen der Hungerblockade haben die Leistungsfähigkeit vermindert. Unerhörte Materialverluste sind durch Kriegsverbrauch und unwirtschaftliche Anlage entstanden. Eine gewaltige Kapitalverschiebung von Europa nach Amerika ist eingetreten. Die kriegführenden Länder sind überschuldet, ihre Staatshaushalte für Jahrzehnte mit unerhörten Versorgungslasten belastet. Die Valuten sind teils vernichtet, teils schwer bedroht. Die Steuerlasten sind ins Ungemessene gestiegen. Die Staatshaushalte zum großen Teil in Unordnung. Dabei sind die Rüstungsvaluten der meisten Völker trotz Frieden und Völkerbund nicht geringer, sondern größer geworden. Das Gleichgewicht der Handels- und Zahlungsbilanzen ist verschwunden. Dem nationalen Chauvinismus ist wirtschaftlicher Chauvinismus gefolgt. Ergebnis: Starke Verarmung, also geringerer innerer Konsum und geminderte Exportnachfrage, große Arbeitslosigkeit, überhohe Besteuerung, geringe Sparmöglichkeit, Kapitalmangel. Deutschland ist am härtesten getroffen. Diesem Zustand kann nur allmählich und durch ein enges Zusammenwirken der betroffenen Völker abgeholfen werden. Solches Zusammenwirken soll die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten und ermöglichen. Wir müssen, was wir durch Locarno und die Berliner Verträge und durch unseren Beitritt zum Völkerbund politisch erstreben, auch wirtschaftlich auf der Konferenz betreiben. Nichts aber wird uns helfen, wenn wir uns nicht selber helfen, und wenn wir nicht durch innere Anstrengungen den Beschlüssen zu Hilfe kommen, die man wohl letzten Endes von Genf erwarten kann. Wirtschaftlich hat bisher noch kein Volk ausgehalten, was das deutsche Volk ausgehalten hat. Die Wirtschaftskonferenz ist wichtig, aber versuchen wir es gleichzeitig mindestens mit der Selbsthilfe. In unserem Volke ruhen unermeßliche Kräfte, wenn wir es zusammenführen und bei uns den wirtschaftlichen Frieden etablieren. Das ist bei weitem der sicherste Weg. Hilf Dir selber, so hilft Dir Gott! (Lebh. Beifall.)

Ein Kabinettstück bayrischer Braukunst ist „Würzburger Hofbräu" Man verlange es überall. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 49.